



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 28.01.2026 – Auszug aus Drucksache 19/9843 –

Frage Nummer 33

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Richard
Graupner**
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wer trägt nach Ansicht der Staatsregierung die politische Verantwortung in Bezug auf die derzeitige – den gesetzlichen Vorgaben zuwiderlaufende und laut „Notfallplan Erdgas“ kritische – Befüllungssituation der oberbayerischen Gasspeicher (nur der Speicher Bierwang erfüllt derzeit noch die gesetzlich vorgeschriebenen 40 Prozent Mindestfüllstand zum 1. Februar, im Speicher Wolfersberg hingegen sind es bereits jetzt unter sechs Prozent), welche kurzfristigen Maßnahmen plant die Staatsregierung zur Sicherstellung der derzeitigen Gasversorgung einzuleiten und mit welchen politischen Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung eine zukünftig ausreichende und gesetzeskonforme Befüllung der oberbayerischen Gasspeicher sicherzustellen?

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Aktuell besteht keine Gasmangellage. Die Bundesnetzagentur schätzt die Gefahr einer angespannten Gasversorgung im Augenblick als gering ein. Entscheidend für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit ist weniger der Füllstand einzelner Speicherstandorte, sondern die Gesamtlage sowie die zur Verfügung stehenden Importmöglichkeiten über Pipelines und LNG Terminals. Gerade für die Situation in Bayern sind auch die an das deutsche Netz angeschlossenen Speicher Haidach und 7Fields in Österreich von großer Bedeutung und sind daher bei der Bewertung entsprechend zu berücksichtigen.

Grundsätzlich liegt die Verantwortung zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zur Speicherbefüllung bei den privatwirtschaftlich organisierten Marktakteuren. Die zugrundeliegenden Regelungen sehen zudem vor, dass dem Bund kurzfristig weitere Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit zur Verfügung stehen, sofern sich abzeichnet, dass eine sichere Versorgung über den Markt nicht möglich ist. Die Staatsregierung setzt sich bereits seit Längerem dafür ein, dass bundesseitig die Rahmenbedingungen mittelfristig so angepasst werden, dass eine marktlich angereizte Versorgungssicherheit dauerhaft gewährleistet wird.